

effizient die chemische, die elektrotechnische und die Maschinenindustrie auf den Plan treten, also gerade die ausgeprochensten Qualitätsindustrien. Darüber hinaus aber kann man ruhig sagen, daß es wohl überhaupt keine einzige für die Qualitätsarbeit strafflos vernachlässigt werden dürfte. Auf diesem Boden haben Arbeiter und Unternehmer ihren gemeinsamen Interessensmittelpunkt. Der Klassenkampf verdunkelt die Wahrheit, daß Qualitätsarbeit auch Qualitätslohn zur notwendigen Folge haben muß. Der Unternehmer, der auf Qualitätsarbeit angewiesen ist, kann gar nicht anders als entsprechende Qualitätslöhne zu zahlen, weil er sonst einfach keine qualitativ höchstwertige Leistung geliefert erhält. In diesem Sinne ist auch das vom Reichsverbande der Deutschen Industrie immer in den Vordergrund gestellte Wort zu verstehen, daß die beste Sozialpolitik eine gute, auf ein richtiges Verhältnis zwischen Lohn und Leistung bedachte Wirtschaftspolitik ist. Wenn die gewerkschaftliche Führung sich entschließen könnte, den Denksproch der Arbeiterschaft statt auf Klassenkampf auf diese nützliche Erkenntnis einzustellen, so wäre für den Wirtschaftskrieden viel gewonnen.

Die geeignete Verbindung von Preis und Güte erfordert aber in erster Linie, daß die Herstellungskosten nicht durch übermäßigen Steuerdruck über das tragbare Niveau hinaufgeschraubt werden. Geherrnrat Kahl erklärte hierzu, daß die gegenwärtige steuerliche Belastung, vor allem in den Ländern, zu einer gesunden Wirtschaftsentwicklung in unüberwindlichem Widerspruch stehe. Bei den Ländern müsse daher die Vereinfachung und Verbildigung der Verwaltung in erster Linie einleiten. Nach einer vom Reichsverbande mit großer Sorgfalt aufgemachten Statistik haben die industriellen Unternehmungen im Jahre 1925 durchschnittlich etwa 63 Prozent ihres gesamten steuerfähigen Einkommens an den Steuerfiskus abgeführt. Angesichts dieser Beschränkung der finanziellen Bewegungsfreiheit der Unternehmer, wodurch die Kapitalbildung unterbunden werde, sei die Konkurrenzfähigkeit unserer Produktion, sagte Geherrnrat Kahl weiter, auf dem Weltmarkt fast unmöglich. Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß ein anderer Redner, Dr. Rost, zu dem Kapitel „Vereinfachung und Verbildigung der Verwaltung zur Verminderung des Steuerdruckes“ scharfe Töne anschlug. Seiner Forderung nach einem verstärkten Einfluß der Regierungen gegenüber den Parlamenten zum Zwecke einer Eindämmung der Ausgaben, wird man unbedingt beistimmen müssen. Insbesondere muß eine Regelung dahin getroffen werden, daß vom Reichstage angenommene Anträge, die mit einer finanziellen Mehrbelastung verknüpft sind, nur dann Gültigkeit haben, wenn sie zugleich gangbare Vorschläge zur Deckung enthalten. Ebenso beifällig ist das Verlangen zu begrüßen, daß im Finanzausgleich die Bestimmung aufgehoben werden soll, kraft deren solche Länder, deren Einkommen aus den direkten Steuern im Kopfbeitrage ihrer Bevölkerung hinter dem Durchschnittsbeitrage des Reiches um einen be-

stimmten Betrag zurückbleibt, die Differenz vom Reiche als Darunterstützung ausgegahlt erhalten. Eine solche künstliche Aufpöpelung von Ländern, die aus eigener Kraft nicht lebensfähig sind, mit den von der Wirtschaft ansehnlichen Steuern, muß auf jeden Fall aufhören. Derartige Gebilde haben keinen Anspruch auf staatliche Selbständigkeit, die der Wirtschaft teuer zu stehen kommt, sondern müssen von der Wirtschaft verschwinden, sei es daß sie nach dem Thüringischen Mutter zusammengelegt oder an ein größeres Nachbarland angegliedert werden. Eine weitere sehr wichtige Stelle in unserem staatlichen Mechanismus ist das Uebermaß von Gesetzgebung, das die Durchführung der Verwaltung auf den einfachsten, übersichtlichsten und billigsten Stand erheblich erschwert. Dieser Uebelstand kann dadurch wesentlich abgeschwächt werden, daß man durch eine Änderung des Art. 7 der Weimarer Verfassung die dort aufgestellten Gegenstände, bei denen das Reich in der Gesetzgebung mit den Ländern konkurriert, einer gründlichen Revision unterzieht und einen beträchtlichen Teil davon, vor allem auf dem Gebiete der Schule und der sonstigen Kulturpolitik, den Ländern zur alleinigen Zuständigkeit überläßt. Auf jeden Fall aber muß in den Ländern und Gemeinden endlich mit der Vereinfachung und Verbildigung der Verwaltung ernst gemacht werden. Sonst bleibt, wie Dr. Rost kategorisch erklärte, nur eine umfassende Stärkung der Befugnisse der Zentralgewalt gegenüber den Ländern übrig, damit sie zu dem, was sie nicht freiwillig tun wollen, im Interesse der Wirtschaft gezwungen werden können.

Die nächste Probe darauf, wie weit die Bereitwilligkeit der Länder zur Beschränkung ihrer Selbständigkeit zum Zwecke der Verminderung des Steuerdruckes vorhanden ist, wird ihr Verhalten gegenüber dem Gesetzentwurf zur Vereinfachung des Steuerwesens und zur Senkung der Realsteuern geben. Mit dieser Vorlage verfolgt die Reichsregierung die Absicht, die unerträgliche, bündelnde Verschlepptheit der industriellen Steuerbelastung in den einzelnen Ländern und Gemeinden zu beseitigen und die gesamte Steuerverwaltung zu rationalisieren. Es soll dafür gesorgt werden, daß der Steuerpflichtige möglichst nur mit einer Behörde zu tun hat, nur eine Steuererklärung abgibt, nur einen Bescheid erhält und die Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern an eine Kasse leistet. Durch die Senkung der Steuerleistungen und ihre Angleichung durch das ganze Reich sollen die wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen verbessert werden, nicht nur für den deutschen Binnenverkehr, sondern vor allem auch auf den fremden Märkten. Es bleibt abzuwarten, ob dieser überragende wirtschaftliche Zweck der Vorlage stark genug sein wird, um die Länder und Gemeinden zu veranlassen, die dafür unermesslichen Opfer durch Beschränkung ihrer Selbständigkeit zu bringen und so einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn der Vereinfachung und Verbildigung der Verwaltung und der Verminderung des Steuerdruckes zu ermöglichen.

### Die neue Befoldungsvorlage.

Berlin, 3. Sept. Ueber den Inhalt der vom Reichsfinanzminister nunmehr festgestellten neuen Befoldungsvorlage verlautet zunächst nur, daß das bisherige System der Einstellung der Beamten in gewisse Gruppen und danach das System der Gehaltsgruppen selbst grundsätzlich beibehalten wird. Daneben soll den berechtigten Wünschen der Beamten Rechnung getragen und eine Vermehrung der bisher 13 Gruppen in etwa 20 Gruppen vorgenommen werden. Die Frauen- und Kinderzulagen sollen auf eine neue einfache und gerechtere Basis gestellt werden. Ganz beifällig werden soll das Schlußlohn, das sich nicht bewährt hat. Ebenfalls wird in seiner grundsätzlichen Regelung der Wohnungsgeldzuschuß erhalten bleiben.

Zu den in der Presse wiedergegebenen Angaben über den Inhalt der neuen Befoldungsordnung wird uns

#### von Seiten des Reichsfinanzministeriums

erklärt, daß sich im gegenwärtigen Augenblick irgendwelche authentische Mitteilungen über das, was die Neuregelung der Befoldung den Beamten bringen wird, noch nicht machen lassen. Die Dinge seien noch völlig im Fluß und die Beratungen noch nicht abgeschlossen, und aus diesen Gründen könnten der Öffentlichkeit noch keine Mitteilungen gemacht werden. Da sich im übrigen der Reichsfinanzminister Dr. Brücher, der heute aus Marienbad zurückgekehrt ist, bereits heute wieder von Berlin nach Dortmund begeben hat, um am dort stattfindenden Katholikentag teilzunehmen, würden die diesbezüglichen Arbeiten für einige Tage ruhen, wenn auch Dr. Brücher in Dortmund selbstverständlich Gelegenheit nehmen werde, dem Reichskanzler Dr. Marx und den übrigen am Katholikentag teilnehmenden Reichsministern die Grundzüge der Neuregelung auszuhandeln. Diese Information einiger Kabinettsmitglieder bedeute aber selbstverständlich nicht, daß dadurch die für Mitte September zu erwartenden eingehenden Kabinettsberatungen über die Befoldungsneuordnung überflüssig würden, im Gegenteil werde das Kabinett zu dem erwähnten Zeitpunkt sich ganz eingehend mit der Neuregelung der Beamtenbefoldung befassen.

### Die Kosten der Berliner Gehaltserhöhung.

Berlin, 3. Sept. Die Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten, der gestern der Kestenenaußschuß der Berliner Stadtverordneten zugestimmt hat, wird nach den bisherigen Berechnungen für die Stadt eine Mehrausgabe von rund 58 Millionen Mark im Jahre erfordern. Aus welchen Mitteln diese Summe gedeckt werden soll, steht noch nicht fest. In der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird beantragt werden, auch den 6000 Berliner Lehrern eine Zulage zu gewähren.

### Kein Ministerium für die Ostmark?

Berlin, 3. Sept. Bekanntlich litt die für die deutsche Ostmark notwendigen politischen Maßnahmen immer wieder dadurch, daß an den zuständigen zentralen Stellen nicht die nötige Energie aufgebracht wurde. So steht bereits seit längerer Zeit die Gründung eines Reichsministeriums für die Ostmark zur Diskussion, eines das man Anzeichen einer Realisierung bemerken konnte. Nunmehr bringt die „Kölnische Volkszeitung“ von hervorragender politischer Seite einen Vorschlag zur Ostmarkenpolitik, in dem ein Reichsministerium für die Ostmarken für nicht erreichbar bezeichnet wird. An Stelle einer solchen Einrichtung wird ein preussischer Ostmarkkommissar gefordert, der als Staatssekretär oder Ministerialdirektor beim preussischen Ministerpräsidenten gedient ist. Aus diesem Vorschlag wird deutlich, daß nunmehr ein Projekt bereits offiziell abgelehnt wird, und daß es wiederum nicht gelungen ist, die bureaukratischen Widerstände gegen umfassende Maßnahmen für die deutsche Ostmark durchzubrechen.

### Ein „Prunksaal der Republik“.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Sept. Aus Anlaß der Flaggendifferenz der großen Berliner Hotels mit der preussischen Regierung mehrten sich in letzter Zeit Gerüchte, die preussische Regierung beabsichtige, von Amts wegen einen großen Prunksaal der Republik am Plage der Republik gegenüber dem Reichstag zu erbauen, dessen Einweihung am 1. Januar 1928 erfolgen solle. Tatsächlich werden an dieser Stelle Bauarbeiten vorgenommen. Die Kommunisten, denen solche unpopuläre Prunkbauten ihrer feindlichen Brüder von der Sozialdemokratie willkommenen Anlaß zur Agitation ist, haben im Landtag eine Anfrage eingebracht, ob diese Gerüchte der Wahrheit entsprechen. Auf Anfrage erfahren wir dazu von der preussischen Pressestelle, daß dieser Prunksaal Privatunternehmen des Pächters des sogenannten Krollhagens Wirtschaftsbetriebes sei, mit dem die preussische Regierung nicht das geringste zu tun habe. Zweifellos wird man allerdings in Kreisen der preussischen Regierung gerne sehen, daß dieser Saalbau entfällt; ist man doch dann nicht mehr so restlos wie heute auf die bösen schwarz-weiß-roten Hotels angewiesen.

Wie bereits gemeldet, sind Gegenbemühungen im Gange, im Flaggengeld eine Einigung herbeizuführen, die alle Teile befriedigen. Inzwischen haben einzelne große Wirtschaftsv Verbände ihre offiziellen Veranstellungen wieder in den Hotels angemeldet, die sich zu der schwarz-weiß-roten Flagge bekennen. So hielt die Funkindustrie am Freitag ein Banquet im Esplanade ab, zu dem die Vertreter der Reichsbehörden ohne Ausnahme erschienen waren, während der Berliner Magistrat durch Abwesenheit absagte. — Zu dem

Flaggengeld des Reichswehrministers vom 15. August werden jetzt die Ausführungsbestimmungen bekannt. Danach sollen die Beeres-Unteruniformen bis zum 10. September ihren Bedarf bei den Wehrkreisen anmelden, die ihrerseits dann den Flaggengeld beim Marinarsenal in Kiel anfordern werden. Im übrigen wird auf beschleunigte Durchführung der Anschaffung gedrungen.

### Die Flottenbeschaffung durch Sindenburg in Swinemünde.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 3. Sept. Infolge des Ausfalls der Rügenmanöver findet die Beschaffung der Flotte durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg am 14. September nicht von Scharf, sondern von Swinemünde aus statt. Der Begleitdampfer „Roland“ für die Gäste der Marineleitung liegt infolgedessen am 14. September von 8,30 Uhr ab in Swinemünde zum Auslaufen bereit.

Berlin, 3. Sept. Der Kreuzer „Emden“ ist am 31. v. M. in Panama eingelaufen.

## Arnolds Ausverkauf

weg. Auflösung der alten Kunsthandlung Schloßstraße  
Endgültiger Schluß 17. September  
Gemälde, Radierungen, Reproduktionen

# Die Außenminister vollzählig in Genf.

## Auch Briand ist eingetroffen.

Genf, 3. Sept. Außenminister Briand ist heute mit dem Pariser Kabinett in Begleitung seiner Kabinettschefs Paris in Genf eingetroffen. Er wird an der Sitzung des Völkerbundesrates am heutigen Vormittag teilnehmen. Außenminister Vandervelde wird heute um die Mittagszeit in Genf zurückerwartet.

Die in Aussicht genommene Zusammenkunft der Vorkarner Mächte, auf der Vandervelde den schiedlichen Brückler Kabinettschefs mit der Ablehnung des Enquete-Ausschusses bekräftigen wird, ist vorläufig noch nicht festgesetzt, dürfte aber aller Voraussicht nach in den allernächsten Tagen stattfinden.

Von der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung ist der Punkt Fort d'Attade abgesetzt worden, da die Vorarbeiten hierfür noch nicht abgeschlossen sind. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt von Interesse die Aufnahme des Verbot für den Flugzeugbau in Danzig, ferner Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz und einige andere Fragen von geringerer Bedeutung.

### Die Frage des Vorklages

auf der Vorklagesitzung des Völkerbundes hat bisher immer noch keine Klärung erfahren. Wie bereits vor einigen Tagen gemeldet, wird gegenwärtig die Kandidatur des früheren österreichischen Vorklagers in London, Grafen Wencksdorf, in den Vordergrund gestellt. Wegen die Kandidatur eines südamerikanischen Delegierten ist von Seiten anderer südamerikanischer Staaten ein gewisser Widerstand geltend gemacht worden. Die Wahl des Präsidenten erfolgt in der ersten Plenarsitzung des Völkerbundes durch Stimmzettelwahl.

### Gleichfalls ungeklärt ist noch die Neuwahl der drei

#### Ratsmitglieder.

die der Völkerbund nunmehr vorzunehmen hat. Fest steht, daß ein Sitz einem südamerikanischen Staat eingeräumt werden wird. Die Wiederwahl Belgiens steht gegenwärtig noch immer zur Diskussion und hat große Aussichten für sich. Auf den dritten Sitz kandidieren, wie bekannt, Däne-

mark, Finnland, Griechenland und Portugal. Die hierüber zwischen den Ratsmitgliedern im Gange befindlichen Verhandlungen haben bisher noch zu keiner Klärung geführt.

### Ueingeschränkter Flugzeugbau Danzig zugefanden.

Genf, 3. Sept. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Vormittagsitzung die Danzig leinzeit vom Völkerbundsrat anliegende Beschränkung des Flugzeugbaus auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig auf Vorschlag des Perimeterausschusses des gegenwärtigen Ratspräsidenten aufgehoben. Jedoch soll der Völkerbundsratkommissar in Danzig das Recht haben, für den Fall, daß Zweifel über die Verwendung der auf dem Gebiete der Freien Stadt gebauten Flugzeuge entstehen, einen Appell an den Völkerbundsrat zu richten, worauf dieser die Untersuchung dem Luftfahrt-Ausschuss des Völkerbundes übertragen werde. — Senatspräsident Sahm dankte dem Rat für diese Regelung, die den Wünschen der Danziger Bevölkerung gerecht werde.

### Berlin hofft auf keine bedeutungsvollen Ergebnisse.

Berlin, 3. September. Nach um die Mittagsstunde im Auswärtigen Amte vorliegenden telephonischen Mitteilungen aus Genf ist eine Zusammenkunft des Reichsaußenministers Stresemann mit dem heute morgen in Genf eingetroffenen französischen Außenminister Briand noch nicht vorgesehen. Man rechnet aber als bestimmt damit, daß Unterhaltungen auch zwischen Stresemann und Briand stattfinden werden, wenn man auch nicht daran zweifelt, daß diese Unterhaltungen keine Ergebnisse von Bedeutung zeigen werden. Im übrigen ist man auch gespannt darauf, welche Erklärung der belgische Außenminister Vandervelde dem Reichsaußenminister gegenüber über die Ablehnung der Frankfurter-Enquete durch Belgien machen wird. Reichsaußenminister Stresemann wird in den Unterhaltungen, die er mit dem belgischen Außenminister haben wird, naturgemäß auf das belgische Verhalten in dieser Angelegenheit in erster Linie eingehen.

# Dr. Wirths unmögliche Rolle im Zentrum.

## Scharfe Rügen durch Schofer und Guérard.

Karlruhe, 3. Sept. Im „Badischen Beobachter“ befaßt sich der Parteiführer des badischen Zentrums, der bekannte Prälat Dr. Schofer, mit der Haltung, die in letzter Zeit die von dem einstigen Reichskanzler Dr. Wirth herausgegebene Zeitschrift „Deutsche Republik“ eingenommen hat. Diese „Deutsche Republik“ hatte unlängst zwei Karikaturen veröffentlicht, in denen neben dem „Bürgerblut“ im allgemeinen vor allem die Zentrumsführer Dr. Marx und Dr. Brücher heruntergerissen wurden. Dagegen wendet sich jetzt Dr. Schofer und führt u. a. aus:

„Die in den kurz stehenden Bildern abgeschossenen Pfeile gehören zu den vergifteten. Sie geben dem Reichskanzler a. D. Dr. Wirth eine Gelegenheit, dafür Sorge zu tragen, daß verdiente Führer des Zentrums von seiner „Deutschen Republik“ künstlich verschont bleiben. Jedenfalls lehnt das badische Zentrum derzeitige politische Kampfmethoden ab und erwartet, daß der Herausgeber dieser Zeitschrift, Herr Dr. Wirth, der von ihm mit Recht betonten politischen Verantwortung auch in seiner Zeitschrift die Geltung verleiht, die man ähnlich erwarten darf. Diese Mißhandlungen von Zentrumsführern haben im Zentrum viel Unwillen erregt. Wir im Süden haben sicherlich Sinn und Verständnis für Humor und Lieben ihn. Im vorliegenden Falle ist er aber selber erst durch eine gewisse politische Bosheit und eine gewollte Irreführung, und das auf Kosten zweier hervorragender Führer des Zentrums und auch auf Kosten des badischen Zentrums. Dagegen stehen wir uns entschieden zur Wehr.“

Solche Berliner Methoden lehnt das badische Zentrum ab und stellt sich, alten Traditionen getreu, vor seine verfolgten Führer. — Diese Ablehnung der von Herrn Dr. Wirth und seiner Anhänger betriebenen Kampfweise durch den Prälaten Schofer ist um so interessanter, als sich auch der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Abgeordneter v. Guérard, gestern genötigt sah, in der „Germania“

einen scharfen Abwehrartikel gegen Dr. Wirth und einen seiner journalistischen Mitarbeiter zu veröffentlichen, dem er „ebenfalls geschäffte wie unwahre Angriffe“ gegen den Parteivorstehenden Dr. Marx und andere Fraktionsmitglieder vorwarf. Abg. v. Guérard mußte in seinen Ausführungen sogar von Brunnenvergiftung sprechen. Die Stellungnahme Dr. Wirths gegen das neue Kabinett Marx wurde vom Abg. Guérard durch Feststellung der Tatsachen drastisch genug beleuchtet, im übrigen auch hinzugefügt, daß Dr. Wirth seit Anfang Februar an keiner Sitzung der Zentrumsfraktion mehr teilgenommen hat. Gegenüber Herrn Wirth erklärte Abg. v. Guérard dann hinsichtlich des Kampfes um das Reichsflaggenrecht, daß, wer gegen die Verleumdungskämpfe, die sich in Widerspruch mit der kulturpolitischen Ueberlieferung des Zentrums seit seiner Gründung setze und nicht mehr die Zentrumsweltanschauung vertrete.

### Das Ablinische Zentrum gegen Dr. Wirth.

Ablin, 3. Sept. Die Ablinische städtische Zentrumsfraktion hatte eine Versammlung einberufen, um ihre Stellungnahme zum Reichsflaggenrecht festzusetzen. Die Versammlung gab ihrem schmerzlichen Bedauern darüber Ausdruck, daß die Abg. Wirth und Brücher als Mitglieder der Zentrumsfraktion gegenüber dem vorliegenden Entwurf eine Stellungnahme eingenommen haben, die mit den Prinzipien der Partei ebenso im Widerspruch steht wie mit den Grundfragen wahrer Demokratie und dem Recht der Eltern. Dieses in der Versammlung verantwortete Recht der Eltern müsse auch in jenen Gebieten zur Geltung kommen, in welchen die Entwicklung zur Simultanschule geführt habe.

Berlin, 3. Sept. Die Schlichtungsverhandlungen zur Regelung der Dienstdauervorschriften bei der Reichsbahn beginnen am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium.